

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss muss Klarheit bringen Polizeiaffären oder Pressekampagne?

Die „Rockeraffäre“, basierend auf einem Ermittlungsverfahren aus dem Jahre 2010, wird nun offenbar Thema eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der SPD-Innenexperte Dr. Dolgner hat angekündigt, die SPD werde einen solchen „PUA“ beantragen.

Und aus Sicht der DPoIG ist das auch gut so. Es stehen viele Vorwürfe im Raum, die von unterdrückten Aussagen bis hin zu Mobbingvorwürfen an die Adresse des Landespolizeidirektors gehen. Wir haben von „singenden Ratten“ gelesen und mussten zur Kenntnis nehmen, dass Redakteure der Kieler Nachrichten von Abhörmaßnahmen berichteten. Es gab einen „offenen Brief“ von LKA-Mitarbeitern, wo die mediale Berichterstattung in den Bereich von Fake News gerückt wurde. An der Verbreitung dieser Sichtweise hat sich die DPoIG nicht beteiligt, ausdrücklich gehört auch oder gerade kritische Berichterstattung zum Kernbereich von Pressefreiheit.

Der Landesvorstand der DPoIG nahm mit einiger Verwunderung die aus unserer Sicht unzulängliche Krisenkommunikation

der Polizeiführung zur Kenntnis, angefangen von einer merkwürdigen Informationsveranstaltung für Führungskräfte in Kiel, eher skurrilen Pressekonferenzen und durchaus merkwürdigen Aussagen im Innen- und Rechtsausschuss des Landtags. Der Versuch, die Befugnisse der Polizeibeauftragten infrage zu stellen, anstatt eine offensive Transparenzkampagne zu starten, hat viele Kolleginnen und Kollegen erst recht misstrauisch gemacht.

Die DPoIG hat nicht vor, die Ergebnisse eines Mobbingverfahrens, in dem der Landespolizeidirektor eine wesentliche Rolle spielt, unkommentiert in der Versenkung verschwinden zu lassen. Da wollen wir sehr genau wissen, zu welchen Ergebnissen und Empfehlungen der seinerzeit tätige Arbeitskreis Mobbing gekommen ist.

Sehr deutlich beziehen wir bis zum Beweis des Gegenteils die Position der Unschuldsvermutung. Wir sagen aber auch in aller Deutlichkeit, dass es auf vielen Feldern schwerwiegende und nicht abwegige Vorwürfe gibt, die unbedingt aufzuklären sind. Wir erkennen an, dass ein Ermittlungskomplex wie das sogenannte „Subway-Verfahren“ mit der Einbindung von V-Leuten nicht auf dem öffentlichen Marktplatz untersucht werden kann, weil es nachvollziehbare Geheimhaltungsnotwendigkeiten gibt. Diese Geheimhaltung kann aber auch nicht zum Abschluss einer rechtsstaatlichen Überprüfung führen. Hinweise



auf frühere Untersuchungen werfen eher mehr Fragen auf als sie Antworten geben.

Elementar zur Abwendung einer veritablen Vertrauenskrise in der Landespolizei ist die Aufklärung der Mobbingvorwürfe. Es steht immerhin die Frage im Raum, ob ab einer bestimmten Führungsebene unangemessenes Führungsverhalten oder gar Mobbing zumindest stillschweigend geduldet wird, was skandalös wäre.

Es gibt viele gute Gründe, diese „Affäre“ zum Anlass auch einer kritischen Selbstreflexion zu nehmen und sich die Frage zu stellen, warum sich innerhalb einiger Monate über 100 Kolleginnen und Kollegen an die Polizeibeauftragte wenden? Warum begeben sich Kolleginnen und Kollegen in die Illegalität, um Informationen an die Presse weiterzugeben? Sind die Instrumentarien zur Konfliktbearbeitung zielführend oder muss das Thema noch einmal neu aufgerollt und durchdacht werden?

Wir nehmen mit Verwunderung zur Kenntnis, dass andere Berufsvertretungen sich da sehr schnell und sehr eng hinter die Sichtweise der Führung

gestellt haben und eine Art Nibelungentreue pflegen. Wir als Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes der DPoIG können das mit unserem Gewissen nicht vereinbaren. Unschuldsvermutung gilt, aber auch die Pflicht zur beschleunigten und zugleich gründlichen Aufklärung, denn die Vorwürfe sind schwerwiegend.

Gut ist, dass der Innenminister selbst offenbar ein hohes Maß an Interesse an der Aufklärung geäußert hat, beispielsweise durch die Ernennung des ehemaligen Innenministers Klaus Buß als Sonderermittler.

Sobald der Parlamentarische Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufnimmt, wird das möglicherweise eine schwere Zeit für das Ansehen der Landespolizei. Schlimmer wäre aber, wenn Vorwürfe ignoriert und nicht aufgeklärt würden. Wir gehen davon aus, dass der PUA in nennenswertem Maße Zeugen anhören wird, um sich ein umfassendes Bild von den Geschehnissen 2010 und danach zu machen. Die DPoIG unterstützt das ausdrücklich. Wir werden weiter berichten.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg-sh



ISSN 0937-4841

Quo vadis Landespolizei?

Es besteht die Gefahr, dass die Rockeraffäre zu einer ausgewachsenen Krise wird und zur Spaltung der Polizei führt!

Ein Kommentar von Thomas Nommensen, stellvertretender Landesvorsitzender

Viele Worte wurden in den vergangenen Monaten über die Rockeraffäre im LKA verloren. In der Presse, dem damit befassten Innen- und Rechtsausschuss sowie auf Dienstversammlungen und eiligst einberufenen Pressekonferenzen war und ist die Affäre Thema. Die Staatsanwaltschaft Lübeck prüft schwere Vorwürfe gegen keine Geringeren als Teile der Führung der Landespolizei. Ein ehemaliger Innenminister als Sonderbeauftragter prüft und bewertet ebenfalls und die Polizeibeauftragte, eine vom Landtag per Gesetz eingerichtete Institution, hat ein gewichtiges Wort mitzureden – auch wenn das manchen Entscheidungsträger im Innenministerium und LPA nicht gefallen mag.

Bereits über ein Vierteljahr ist das Schlagwort Rockeraffäre in den Medien sowie teils im Internet der Polizei präsent. Man muss feststellen, dass die Informationslage in der Kollegenschaft regional zwar immer noch unterschiedlich ist, es jedoch täglich mehr Polizeibeamtinnen und -beamte im Land gibt, die sich ihr Bild von den Vorwürfen machen und entsprechend eine Meinung formen.

Unter denen, die sich eine Meinung gebildet haben, gibt es sehr unterschiedliche Wahrnehmungen und Äußerungen, die häufig über Internetseiten von Pressorganen oder Gewerkschaften öffentlich kundgetan werden.

Da gibt es nicht wenige, die es sich schlicht nicht vorstellen können oder wollen, dass Polizeiführer aus höchsten Ebenen rechtsstaatliche Verfahren durch Aktenunterdrückung und Mobbing von LKA-Mitarbeitern konterkariert und sich dabei womöglich selbst straf-

bar gemacht haben. Eine übrigens durchaus nachvollziehbare und unter Umständen reflexhafte Sichtweise. Denn ein gerüttelt Maß an Grundvertrauen in rechtmäßiges Handeln innerhalb unserer Landespolizei ist doch wohl jedem von uns immanent – hoffentlich!

Und da gibt es zunehmend auch die anderen Kollegen, denen das Grundvertrauen zwar nicht vollständig abhandengekommen ist, bei denen jedoch aufgrund eigener Erfahrungen oder durch mehr Detailkenntnis zu den in Rede stehenden Vorwürfen die Skepsis überwiegt. Die Skepsis nämlich, ob die Vorwürfe gegen den amtierenden Landespolizeidirektor sowie Führungskräfte des LKA wirklich so abwegig und an den Haaren herbeigezogen

sind, wie behauptet. Diese Kollegen können sich eben nicht vorstellen, dass die Presse wirklich lügt und Fake News verbreitet. All das, was beispielsweise die Kieler Nachrichten und der NDR (sowie weitere regionale und bundesweite Presseorgane) seit Monaten berichten, kann doch unmöglich erfunden sein, so die ebenfalls nachvollziehbare und nahe liegende Sichtweise der anderen.

die Landespolizei sondern den Rechtsstaat in Schleswig-Holstein insgesamt bis ins Mark erschüttern dürften. „Waterkant-Gate“ lässt grüßen ...

Sollte der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Dolgner mit seiner Aussage, der unvermeidliche auch notwendige parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Rockeraffäre könnte bis zu zwei Jahre arbeiten, Recht behalten, ist zu



© clipdealer.de

Niemand besitzt den „Stein der Weisen“ und kaum jemand, außer den Beschuldigten und Geschädigten in dieser Affäre, könnte derzeit mit letzter Sicherheit sagen, was an den Vorwürfen dran ist, auch ob es wirklich Bespitzelungen und Abhöraktionen von Mitarbeitern der Landespolizei gab, die in den Verdacht geraten sind, „singende Ratten“ zu sein. Ob und – wenn ja – von wem Journalisten im Zuge der Rockeraffäre überwacht und abgehört wurden, ist ein schwerwiegender Vorwurf, den es vollständig aufzuklären gilt.

Einige der Vorwürfe in diesem vielschichtigen Themenkomplex erscheinen bei genauer Draufsicht plausibel. Andere hingegen klingen so ungeheuerlich, dass sie bei einer etwaigen Beweisbarkeit nicht nur

befürchten, dass nicht nur das Grundvertrauen in rechtsstaatliches Handeln von Polizeiführung bei immer mehr Kolleginnen und Kollegen zunehmend leiden wird. Vielmehr ist zu prognostizieren, dass sich die Mitarbeiterschaft der Polizei immer weiter in unterschiedliche Lager spalten und der Betriebsfrieden massiv in Mitleidschaft gezogen wird.

Es bleibt zu hoffen, dass der neu im Amt befindliche Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) nicht die notwendigen Maßnahmen scheuen wird, um eine wahrhaftige Vertrauenskrise und zunehmende Spaltung in der Landespolizei rechtzeitig abzuwenden.

In jeder Krise steckt bekanntlich auch die Chance für einen Neuanfang!

Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes war der Tenor eines Gesprächs des dbb Landesbundvorsitzenden Kai Tellkamp, begleitet von den Landesvorsitzenden der Fachgewerkschaften Komba, Christian Dirschauer, und der DPoIG, Torsten Gronau, mit dem Innenminister Hans-Joachim Grote und dem Abteilungsleiter IV 3, Herrn Tilo von Riegen.

Einigkeit herrschte darin, dass ein gut funktionierender öffentlicher Dienst ein wichtiger Standortfaktor ist und Maßnahmen getroffen werden müssen, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhalten und in Teilbereichen auch zu steigern.

Gleich am Anfang kam ein (für die Politik) eher unangenehmes Thema auf die Agenda. Vor einigen Jahren seien in einer schwierigen Haushaltslage die Sonderzahlungen gekürzt beziehungsweise oberhalb der Besoldungsgruppe A 10 abgeschafft worden. Die Haushalts-

lage jetzt sei ungleich besser, deshalb erwarte der dbb ein Signal im Bereich der Reaktivierung von Sonderzahlungen. Hierfür werde sich der dbb jedenfalls einsetzen, Verhandlungen über Sonderzahlungen seien auch unter dem Aspekt der Glaubwürdigkeit von Politik geboten.

Einigkeit herrschte in der Analyse, dass die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in besseren beruflichen Perspektiven gesucht werden müsse. Hierzu werden die herkömmlichen Bezahlungssysteme nicht ausreichen, es müssen zusätzliche Anreiz-



> Christian Dirschauer (komba), Kai Tellkamp (Landesbundvorsitzender des dbb), Innenminister Hans-Joachim Grote, Torsten Gronau (DPoIG), Tilo von Riegen (Leiter der Kommunalabteilung im IM) (von links)

systeme, wie in der Laufbahndurchlässigkeit, geschaffen werden.

Torsten Gronau sprach für die DPoIG noch ein wichtiges Thema an. Gerade im Ballungsraum am Hamburger Rand habe man das Problem, dass Wohnraum und Lebenshaltungskosten sehr hoch seien. Hier müsse das Land reagieren, etwa durch Ballungsraumzulagen (analog zu den Inselzulagen) oder durch eine Reaktivierung der Wohnungsfürsorge. Jedenfalls werde man intelligente Lösungen finden müssen, um Personal gerade am

Hamburger Rand dauerhaft zu binden. Hier wolle man in einen Ideenaustausch treten.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die bessere Vernetzung von kommunalen Behörden mit Landes- und Bundesbehörden. Wie könne man Informationsdefizite und Mehrfacharbeit vermeiden unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen? Auch hier trat man in einen ersten Meinungsaustausch, der intensiviert werden soll.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Gut geschützt und sicher in den Einsatz

Die Landespolizei Schleswig-Holstein wird für den Ausnahmezustand eines terroristischen Angriffs gut ausgerüstet. Jetzt wird es Zeit, über die Ausstattung der Einzeldiensthundertschaften nachzudenken und diese schnellstmöglich zu verbessern.

Nicht nur der Einsatz anlässlich des G 20-Gipfels in Hamburg sondern auch Einsätze bei Fußballspielen sind teilweise von massiver Gewalt geprägt.

Während die 1. Einsatzhundertschaft mit MB-Sprinter Gruppenfahrzeugen ausgestattet ist, die Stehhöhe und beidseitige Schiebetüren haben, müssen die Kollegen des Einzeldienstes mit MB Vitos in

geschlossene Einsätze fahren. In den Fahrzeugen ist es eng und unbequem, was lange Bereitschaftszeiten im Fahrzeug zu einer Tortur macht. Das Anlegen von Schutzausstattung oder Jacken ist nur außerhalb des Fahrzeuges möglich. Das alles ist schon ärgerlich genug.

Ein absolutes Risiko sind die fehlenden Fluchtmöglichkeiten. Die Fahrzeuge des Einzel-

dienstes sind bekanntermaßen mit nur einer Schiebetür ausgestattet. Bei einem Angriff auf das Fahrzeug auf der Beifahrerseite, zum Beispiel durch einen Brandsatz, gäbe es für die Kollegen keine Fluchtmöglichkeit.

Da die Arbeitssicherheit hier in keiner Weise gegeben ist, fordert die DPoIG die schnellstmögliche Beschaffung von ge-

eigneten Gruppenfahrzeugen für die Hundertschaften des polizeilichen Einzeldienstes.

Auch die persönliche Schutzausstattung für den geschlossenen Einsatz ist dringend zu verbessern. Die Kombination aus ballistischem Schutz, Stichschutz und Oberkörper-schlagschutz machen die Kollegen immer unbeweglicher. Bei hohen Außentemperaturen



gibt es einen enormen Hitzestau unter der Schutzweste, was die Leistungsfähigkeit enorm herabsetzt. Dazu kommt der steife Plastikpanzer, der den Träger weiter einschränkt. Ein moderner Oberkörperschutz muss erheblich

flexibler sein und zumindest einen Stichschutz enthalten.

Das derzeitige Modell mag gut gewesen sein, als dieser ohne weitere Schutzrüstung getragen wurde, heute ist er nicht mehr geeignet, die Kolle-

gen so zu schützen, dass sie noch schnell und flexibel agieren können. Die DPolG fordert eine schnelle Sondierung des Marktes und die Bereitstellung einer modernen und angemessenen Schutzausstattung für geschlossene Einsätze.

Die nächsten Einsätze stehen vor der Tür. Fußball in der 2. Liga und der Schutz von Wahlkampfveranstaltungen sind nur zwei Beispiele. Es wird Zeit zu handeln!

*Sven-Erik Haase,
Kreisverband Itzehoe*

Maßnahmen sind nur dann sinnvoll, wenn sie mit Augenmaß und unter polizeitaktischen Aspekten erfolgen!

Jamaika-Koalition beschließt Ende des Rückzugs der Polizei aus der Fläche

Nach einem jahrelangen von der Politik betriebenen und von der DPolG immer wieder kritisierten Vorantreibens des Rückzugs der Polizei aus der Fläche, hat die neu gewählte Jamaika-Koalition (CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) erfreulicherweise beschlossen, das systematische Schließen von sogenannten kleinen Polizeistationen in ländlichen Bereichen des Landes zu beenden.



Seit vielen Jahren schon setzt sich die DPolG für das Beibehalten einer dezentralen Organisationsstruktur in der Landespolizei ein. Ein hohes Maß an Bürgernähe auch für Bewohner von kleineren Gemeinden wird von der DPolG für sinnvoll und erstrebenswert erachtet. Eine Abkehr von dem von der Vorgängerregierung in Kiel betriebenen System der „Notrufpolizei“, bei dem Bürger ländlicher Regionen unseres Landes die Polizei nur noch telefonisch erreichen können und keinen Ansprechpartner vor Ort mehr haben, ist demgegenüber das Gebot der Stunde. Das gilt umso mehr in Zeiten einer immer älteren werdenden Bevölkerung und entsprechend geringerer Mobilität.

Aus der neuen Hausspitze des Innenministeriums ist zu vernehmen, dass Minister Hans-Joachim Grote seinen Staatsse-

ekretär Torsten Geerds (beide CDU) mit dem Themenbereich betraut habe. Die Parole, die in dieser Hinsicht jetzt ausgegeben wurde, lautet: Alle Schließungen von kleineren Dienststellen, die bisher zwar vorgeplant aber noch nicht umgesetzt sind, sollen erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Nachdem im Zuge der Organisationsentwicklung derzeit etwa 90 Prozent der Maßnahmen bereits umgesetzt sind, sollen also die restlichen zehn Prozent angesichts neuer politischer Verhältnisse im Landtag und Ministerium gestoppt werden.

Obgleich die DPolG die grundsätzliche Richtung klar begrüßt, ist es aus unserer Sicht jedoch nicht sinnvoll, die im Einzelfall polizeitaktisch begründete und kaum noch zurückzudrehende Schließung von Stationen allein aufgrund einer politischen Grundsatzentscheidung, im letzten Moment zu stoppen. So sind Dienststellenschließungen von Behörden beispielsweise nicht selten so geplant worden, dass sie zeitgleich mit dem Pensions-

eintritt der Beamten geschehen und etwaig verbliebene Mitarbeiter längerfristig vorgeplant zu benachbarten Dienststellen umgesetzt werden. Bisweilen sind Mietverträge für bisherige Liegenschaften der Polizei sogar schon gekündigt, was weitere Probleme mit sich bringt.

Was vielmehr benötigt wird, ist ein durchgängiges und

schlüssiges Konzept für den Erhalt von Bürgernähe in ländlichen Bereichen. Dieses sollte aus Sicht der DPolG beispielsweise Bezirksdienstkonzepte oder Bürgersprechstunden enthalten, um die defizitären Bereiche polizeilich zu füllen, in denen Polizeidienststellen geschlossen wurden.

Thomas Nommensen, stellvertretender Landesvorsitzender

